

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Senfft, Vogel (München)
und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/4417 —

Reduzierung der Bundesbahnfahrpreise

A. Problem

Die Bundesregierung soll dazu aufgefordert werden, eine Senkung der Fahrpreise der Deutschen Bundesbahn um durchschnittlich 20 v. H. zu veranlassen und die Mineralölsteuer für Benzin zu erhöhen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

C. Alternativen

Der Vertreter der Fraktion DIE GRÜNEN besteht auf Annahme des Antrages.

D. Kosten

entfallen bei Ablehnung des Antrages.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 10/4417 — abzulehnen.

Bonn, den 25. Juni 1986

Der Ausschuß für Verkehr

Lemmrich	Bamberg
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Bamberg

Der Antrag in Drucksache 10/4417 wurde in der 182. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Dezember 1985 dem Verkehrsausschuß federführend sowie dem Innenausschuß, dem Finanzausschuß und dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 25. Juni 1986 behandelt.

Ziel des Antrages ist folgendes:

1. Die Bundesregierung soll dazu aufgefordert werden, von der Deutschen Bundesbahn gemäß § 16 Abs. 4 des Bundesbahngesetzes aus Gründen des allgemeinen Wohls eine Senkung der Fahrpreise für den Personenverkehr um durchschnittlich 20 v. H. zu verlangen. Dabei sollen die Fahrpreise im Nahverkehr überdurchschnittlich gesenkt werden.
2. Die Bundesregierung soll weiter dazu aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Mineralölsteuer für Benzin vorzulegen. Die Mineralölsteuer für bleihaltiges Benzin soll um

zwei Pfennige, die Steuer für bleifreies Benzin um einen Pfennig erhöht werden.

Der Verkehrsausschuß hat den Antrag mit Stimmenmehrheit gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Er nahm zur Kenntnis, daß die Vorarbeiten der Deutschen Bundesbahn für eine Reform der Tarife im Personenverkehr bereits weit fortgeschritten sind. Es ist damit zu rechnen, daß der Vorstand bereits im August d. J. dem Verwaltungsrat und sodann dem Bundesminister für Verkehr einen entsprechenden Vorschlag vorlegen wird. Der Verkehrsausschuß wird sich in seiner ersten Sitzung nach der parlamentarischen Sommerpause mit einem Bericht des Bundesministers für Verkehr hierzu befassen. Bei dieser Sachlage sah er keinen Handlungsbedarf für die vorgeschlagene Entschlie-ßung.

Der Verkehrsausschuß schlägt daher in Übereinstimmung mit den mitberatenden Ausschüssen vor, den Antrag abzulehnen.

Bonn, den 25. Juni 1986

Bamberg

Berichterstatte

